



**Presseinformation – 488/7/2014**

02.07.2014  
Seite 1 von 5

## **Minister Schneider und Ministerin Löhrmann: Unternehmen sollten in dieser wirtschaftlich positiven Situation noch mehr Praktika und Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen**

Staatskanzlei  
Pressestelle  
40190 Düsseldorf  
Telefon 0211 837-1134 oder 1405  
Telefax 0211 837-1144

presse@stk.nrw.de  
www.nrw.de

### **Die Landesregierung teilt mit:**

In Düsseldorf haben sich am Dienstagabend (1. Juli 2014) die Partner im Ausbildungskonsens NRW zum Spitzengespräch mit Arbeitsminister Guntram Schneider und Schulministerin Sylvia Löhrmann getroffen. Dabei standen die Bedeutung der dualen Ausbildung und der Stand des neuen Übergangssystems von der Schule in den Beruf ‚Kein Abschluss ohne Anschluss‘ sowie die aktuelle Situation auf dem Ausbildungsmarkt im Mittelpunkt. Hier gibt es auch in diesem Jahr wieder deutlich mehr Bewerberinnen und Bewerber als Ausbildungsplätze.

„Die Landesregierung tut alles, um die Jugendlichen und potentiellen Fachkräfte fit zu machen für die Berufswelt. Das neue Übergangssystem ‚Kein Abschluss ohne Anschluss‘ mit seinen Berufsfelderkundungen, Potentialanalysen und Praxistagen erreicht mittlerweile über 100.000 Jugendliche ab der 8. Klasse. Wir haben also unseren Teil der Vereinbarung eingehalten und werden bis zum Schuljahr 2018/19 alle Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen ab der achten Klasse systematisch an die Berufswelt heranführen“, betonten Löhrmann und Schneider nach der Sitzung. In diesem Jahr haben alle 53 Kreise und kreisfreie Städte in Nordrhein-Westfalen eine kommunale Koordinierungsstelle für das neue Übergangssystem eingerichtet, und mit Beginn des neuen Schuljahres nehmen rund 110.000 Schülerinnen und Schüler daran teil.“ Das sind 5000 mehr als ursprünglich geplant. Bis 2018/2019 wird die Landesregierung dann eine flächendeckende Beteiligung aller 170.000 Schülerinnen und Schüler in der 8. Klasse erreicht haben“, so Ministerin Löhrmann. „Das ist ein großer Erfolg.“

„Jetzt ist die Wirtschaft gefragt, damit diese auf die Berufswelt gut vorbereiteten Jugendlichen ihre Chance auf dem Ausbildungsmarkt bekommen“, betonte Arbeitsminister Schneider. Zum jetzigen Zeitpunkt suchten rund 58.675 Jugendliche in NRW einen Ausbildungsplatz. Warum die Wirtschaft es wiederholt nicht schafft, den Bedarf zu decken, das

habe er bei seiner Tour durch die Kammerbezirke in Nordrhein-Westfalen zu ergründen versucht. „Der Wille zur Ausbildung ist oft da, aber viele Unternehmen kennen das neue Übergangssystem noch gar nicht und sie klagen nach wie vor über eine Berufsferne der jungen Menschen. Und das, obwohl ihre Kammern das neue Übergangssystem im Ausbildungskonsens ja mitbeschlossen haben. Das ist für uns nicht nachvollziehbar“, erklärte Schneider.

„Viele Schulabgängerinnen und -abgänger suchen trotz guter Schulabschlüsse noch nach dem passenden Ausbildungsplatz. Von den 58.675 Jugendlichen, die bislang noch ohne Ausbildungsplatz sind, haben 6.241 Abitur, 9.945 Fachhochschulreife und 21.702 einen Realschulabschluss“, so Schulministerin Sylvia Löhrmann. „Diejenigen, die vom neuen Übergangssystem ‚Kein Abschluss ohne Anschluss‘ profitieren, werden künftig noch besser auf ihren weiteren Weg in Ausbildung oder Studium vorbereitet sein.“ Wichtig sei, dass die Unternehmen sich am Übergangssystem beteiligen und Praktikumsplätze für die Schülerinnen und Schüler bereitstellen.

Um Gründe für die sinkende Ausbildungsbereitschaft zu ermitteln, haben die Partner im Ausbildungskonsens NRW, wie im letzten Gespräch beschlossen, eine Studie in Auftrag gegeben. Sie soll analysieren, wie die Lage auf der Angebotsseite des Ausbildungsmarkts tatsächlich ist und welche Faktoren das Angebot an Ausbildungsplätzen beeinflussen. Die Ergebnisse sollen im Spitzengespräch im November diskutiert werden. Darüber hinaus haben sich die Partner verständigt, eine Kampagne zur Steigerung der Attraktivität der Dualen Ausbildung zu starten: „Das Modell Deutschland mit seinem Dualen Ausbildungssystem hat mit dafür gesorgt, dass wir deutlich weniger arbeitslose Jugendliche haben, als die meisten anderen EU-Länder, die durch die Finanz- und Wirtschaftskrise eine bis zu 60-prozentige Jugendarbeitslosenquote zu beklagen haben. Unser hohes Ausbildungsniveau sorgt auch für Qualität bei den Dienstleistungen und Produkten. Auch das hat uns in der Krise geschützt. Wir wollen also keine Konkurrenz der Bildungswege, sondern eine Gleichwertigkeit, die auch so bei den Menschen ankommt“, so Schneider und Löhrmann.

Abschließend riefen die Ministerin und der Minister die Wirtschaft auf, sich am Übergangssystem mit Praktika stärker als bisher zu beteiligen und sich in der Ausbildung mehr zu engagieren. „Denn wer heute Jugendlichen keine Ausbildungschance eröffnet und später über Fachkräftemangel klagt, der hat noch nicht verstanden, dass es beim Thema Ausbildungsplätze auch um die Zukunftssicherung der Betriebe geht“, so Schneider und Löhrmann.

Mehr Informationen zum NRW-Thema „Kein Anschluss ohne Abschluss“  
gibt es im Netz unter:  
<http://www.keinabschlussohneanschluss.nrw.de/startseite.html>

Die Partner im Ausbildungskonsens NRW, das sind die Landesregierung, die Bundesagentur für Arbeit, die Sozialpartner sowie die Kammern und Kommunen, haben sich 2011 auf das Gesamtkonzept für einen systematischen Übergang von der Schule in den Beruf verständigt und die gemeinsame Umsetzung vereinbart. Ziel des im Ausbildungskonsens vereinbarten Landesvorhabens „Kein Abschluss ohne Anschluss“:

- weniger Ausbildungs- und Studienabbrüche durch eine bessere Berufsorientierung ab der achten Klasse
- flächendeckende und verlässliche Standardelemente und zielgruppenbezogene Angebote, statt der bisherigen Maßnahmenvielfalt und Projekte
- Konkrete Ausbildungsangebote für Jugendliche, statt Warteschleifen ohne Qualifizierungseffekt
- dringend gesuchte junge Fachkräfte schneller und gezielter in die Betriebe bringen.

Spätestens ab Klasse 8 erhalten alle Schülerinnen und Schüler eine verbindliche, systematische und geschlechtersensible Berufs- und Studienorientierung mit regelmäßigen Praxisphasen. Ergänzend zum Unterricht werden Berufsfelderkundungen und Praktika ermöglicht, um betriebliche Wirklichkeit zu erfahren und verschiedene Berufsfelder kennenzulernen. Im neuen Übergangssystem sind Gymnasien genauso einbezogen wie Haupt- und Förderschulen. Geeignete Beratungsverfahren und -instrumente stehen bereit, um die Übergangsprozesse optimal zu begleiten.

- Bis zum Ende der Schulzeit wird mit den Schülerinnen und Schülern eine individuelle Anschlussperspektive erarbeitet und durch eine konkrete Anschlussvereinbarung dokumentiert.
- Die ausbildungsreifen Jugendlichen erhalten ein passendes Ausbildungsangebot, Vorrang hat dabei die duale Ausbildung in einem Betrieb.
- Für noch nicht ausbildungsreife Jugendliche werden Angebote an Berufskollegs oder bei Trägern mit verstärktem Praxisbezug bereitgestellt. Ziel ist die Förderung der Ausbildungsreife, um baldmöglichst eine duale Ausbildung beginnen zu können.
- Mit den Schülerinnen und Schülern der gymnasialen Oberstufe werden Perspektiven für die Aufnahme eines Studiums entwickelt oder alternative Ausbildungswege nach dem Abitur etwa durch Aufnahme einer Berufsausbildung oder eines späteren dualen Studiums aufgezeigt.

Ein wichtiges Anliegen des Landesvorhabens ist es, die Attraktivität der dualen Berufsausbildung zu erhöhen. Die Berufsausbildung im dualen System ist modern und bietet exzellente Weiterbildungsmöglichkeiten.

Ziel des im Ausbildungskonsens vereinbarten Landesvorhabens „Kein Abschluss ohne Anschluss“:

Seite 5 von 5

- weniger Ausbildungs- und Studienabbrüche durch eine bessere Berufsorientierung ab der achten Klasse
- flächendeckende und verlässliche Standardelemente und zielgruppenbezogene Angebote, statt der bisherigen Maßnahmenvielfalt und Projekte
- Konkrete Ausbildungsangebote für Jugendliche, statt Warteschleifen ohne Qualifizierungseffekt
- dringend gesuchte junge Fachkräfte schneller und gezielter in die Betriebe bringen.

***Bei Nachfragen wenden Sie sich bitte an die Pressestelle des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales, Telefon 0211 855-3118.***

***Bei Nachfragen wenden Sie sich bitte an die Pressestelle des Ministeriums für Schule und Weiterbildung Telefon 0211 5867-3505.***

***Dieser Presstext ist auch über das Internet verfügbar unter der Internet-Adresse der Landesregierung <http://www.nrw.de>***